UMaAG
Umwelt Management AG

Stellungnahme zum Forderungskatalog der CDU

Mehr Markt braucht ein funktionierendes Energiesystem – nicht weniger oder kein EEG

Die CDU/CSU erkennt in ihrem Vorschlag, dass Deutschland einen planbaren Weg braucht für ein kosteneffizientes, netzverträgliches und marktorientiertes Energieversorgungssystem. Die CDU/CSU benennt in ihrem Forderungskatalog zum EEG 2027 wichtige Probleme richtig. Dazu gehören insbesondere der notwendige Übergang zu mehr Markt, ein besserer Bestands- und Vertrauensschutz, verbindlichere Netzanschlussverfahren, eine stärkere Kostenorientierung sowie die bessere Verzahnung des Ausbaus der Erneuerbaren mit Netzen und Stromverbrauch wobei festzustellen ist, dass die Rolle von Speichern und Flexibilitäten kaum Berücksichtigung finden und hier klare Vorschläge fehlen. Denn wie alle Experten festgestellt haben: der Ausbau Erneuerbarer Energien muss einhergehen mit dem Ausbau von Speichern und Flexibilitäten. Nur dann können die regulatorischen Fehler der letzten Legislaturperioden mit überschiessenden Energiemengen, die eine Vergütung erhalten, Redispatch und negative Strompreise sauber gelöst werden.

Der vorgeschlagene Ausstiegspfad aus der EEG-Betriebsförderung greift zu kurz. Entscheidend ist nicht, zu welchem politischen Zieldatum die Förderung endet, sondern wann und unter welchen Bedingungen erneuerbare Projekte ohne zusätzliche staatliche Erlösabsicherung langfristig finanzierbar sind. Wind- und Solarenergie sind technologisch marktreif. Daraus folgt jedoch nicht automatisch, dass langfristige Investitionen allein auf Basis volatiler Strommarktpreise finanzierbar sind. Es gibt in der Energieversorgung keine “2. Halbzeit” die 2045 abgepfiffen wird.

Besonders kritisch sehen wir deshalb die gleichzeitige Verkürzung der Förderdauer, eine deutliche Absenkung der Ausschreibungshöchstwerte und die starre Trennung zwischen EEG und PPA. Werden Erlösabsicherungen reduziert, während Netzanschluss-, Redispatch-, Finanzierungs- und Vermarktungsrisiken beim Betreiber verbleiben, verteuert dies Kapital und gefährdet die Realisierung wirtschaftlich sinnvoller Projekte. Niedrige Ausschreibungsergebnisse sind kein Beweis für dauerhaft niedrige Stromgestehungskosten oder die Finanzierbarkeit neuer Windparks. Im Ausland seit Jahren angewendete CfD- Modelle sollten Anwendung finden – sie sind markterprobt.

Richtig ist das Ziel, erneuerbare Energien zunehmend in den Markt zu überführen. Voraussetzung dafür ist jedoch ein Strommarktdesign, das Investitionen ermöglicht.

© UMaAG

Dazu gehören liquide PPA-Märkte, flexible Vermarktungsmodelle, langfristig verlässliche Rahmenbedingungen und ein konsequenter Bestands- und Vertrauensschutz.

Vor allem aber darf die Reform nicht bei der Förderung der Stromerzeugung stehen bleiben. Die entscheidende Aufgabe der kommenden Jahre liegt in der Organisation des Gesamtsystems. Erzeugung, Netze, Speicher, Flexibilität und Verbrauch müssen gemeinsam geplant und wirtschaftlich optimiert werden.

Speicher und Flexibilitäten sind dabei keine Nebenprodukte des Strommarktes. Sie vermeiden Abregelung, entlasten Netze, verschieben Verbrauch und Erzeugung zeitlich und reduzieren damit volkswirtschaftliche Systemkosten. Ihre regulatorische und wirtschaftliche Einbindung muss deshalb einen ebenso hohen Stellenwert erhalten wie der Ausbau der Erzeugung.

Gleichzeitig müssen regionale Versorgungskonzepte, Direktbelieferung, Cable Pooling, dynamische Netzanschlüsse, bidirektionales Laden und Energiezellen regulatorisch ermöglicht werden. Nicht jede erzeugte Kilowattstunde muss über zusätzliche Netzinfrastruktur transportiert werden, wenn Erzeugung und Verbrauch unter Nutzung von Flexibilitäten und Speichern regional intelligent zusammengeführt werden können.

Eine erfolgreiche EEG-Reform sollte daher nicht primär danach bewertet werden, wie schnell Förderzahlungen sinken. Maßstab müssen im Sinne der Präambel des EnWG die Gesamtkosten des Energiesystems, Versorgungssicherheit, Investierbarkeit und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland sein.

Der Übergang vom Förder- zum Marktsystem ist richtig. Er gelingt aber nur, wenn aus dem bisherigen EEG zugleich ein verlässlicher Ordnungsrahmen für ein erneuerbares, digitales und flexibles Energiesystem entsteht.

Autoren:
Uwe Leonhardt / Heiko Roß / Christine Breeze
c/o Umwelt Management AG
Alter Weg 23
27478 Cuxhaven
Kontakt: Christine Breeze
Tel. 04721 9109 172
E-Mail: chb.umaag@umwelt-management.de

© UMaAG

Einordnung der CDU Forderungen in die aktuelle Diskussion zum EEG

CDU-Forderung	Bewertung aus der Branchenperspektive
Verbindlicher Ausstieg aus der EEG-Förderung	**Grundidee nachvollziehbar, Mechanismus kritisch.** Ein planbarer Übergang in den Markt ist sinnvoll. Aber das Datum 2045 sagt nichts darüber aus, ob Windprojekte dann tatsächlich ohne Erlösabsicherung finanzierbar sind. Entscheidend sind Strommarkt, Netze, PPA-Markt, Speicher, Flexibilität und Finanzierungskosten.
Förderdauer jährlich verkürzen	**Kritisch.** Kürzere Absicherungszeiträume erhöhen das Erlös- und Refinanzierungsrisiko. Das kann Fremdkapital verteuern und damit paradoxerweise die Stromgestehungskosten erhöhen.
PPA und EEG strikt trennen / kein Rückweg ins EEG	**Zu starr.** Eure Kurzbewertung fordert ausdrücklich einen flexiblen Ein- und Ausstieg. Gerade für mittelständische Projektierer und Abnehmer können hybride oder wechselnde Vermarktungsmodelle Investitionen überhaupt erst ermöglichen. Bemerkenswert: Die CDU erkennt selbst das Bonitätsproblem mittelständischer PPA-Abnehmer und schlägt dafür eine KfW-Risikoabsicherung vor.
CfD ohne Marktwertkorridor	**Finanzierungsseitig problematisch.** Die CDU will Gewinne oberhalb des abgesicherten Wertes konsequent abschöpfen. Gleichzeitig verbleiben negative Preise, Redispatch- und andere Betriebsrisiken teilweise beim Betreiber. Das funktioniert so nicht und macht Projekte unwirtschaftlich.
Wind-Höchstwert Richtung 5,5 ct/kWh	**Einer der kritischsten Vorschläge.** Die CDU argumentiert mit dem Ausschreibungsergebnis von 5,06 ct/kWh. Eure Analyse zeigt aber gerade, dass die starke Überzeichnung die Gebote von 6,06 auf 5,06 ct/kWh gedrückt hat, während Anlagen-, Finanzierungs-, Pacht- und Netzanschlusskosten steigen. **Ein Ausschreibungs-ergebnis ist kein Beweis für langfristige Wirtschaftlich-keit.**

© UMaAG

Ausschreibungsmengen stärker an Nachfrage ausrichten	**Ansatz richtig, Logik zu kurz.** Erzeugung, Netze, Verbrauch und Flexibilität müssen synchronisiert werden. Aber heutige Stromnachfrage darf nicht zum Deckel für künftigen EE-Ausbau werden: Elektrifizierung von Wärme, Verkehr und Industrie verändert die Nachfrage erheblich.
Netzanschluss nur in tatsächlich belasteten Gebieten begrenzen	Gut, die CDU fordert außerdem Bestandsschutz für bereits in Entwicklung befindliche Projekte und eine zeitliche Begrenzung.
Verbindliche Netzanschlussfristen	Gut, ein digitales Portal ohne belastbare Fristen reicht nicht
Nulleinspeisungsanlagen vereinfachen	**Sinnvoll.** Das reduziert Bürokratie und unterstützt Eigenverbrauch und Energiezellen.
Speicher grundsätzlich nur über den Markt finanzieren	**Zu kurz gedacht.** Keine pauschale Speicherförderung ist durchaus diskutabel. Aber Speicher haben einen Systemwert – Vermeidung von Redispatch, bessere Netzauslastung, Lastverschiebung, Systemdienstleistungen –, der heute nicht vollständig monetarisiert werden kann. Die CDU betrachtet Speicher vor allem als Geschäftsmodell des Betreibers, dabei ist es eine **eigenständige Systemkomponente**.
Bestands- und Vertrauensschutz	**Klar positiv,** Dient zur Investitions- und Regelstabilität.
Bioenergie/Flexibilisierung stärken	**Positiv.** Höhere Flexibilitätsanreize und eine Stabilisierung flexibler Bioenergie passen zu einem erneuerbaren Gesamtsystem.
Keine zusätzlichen Resilienz-/Speicherausschreibungen	**Nur teilweise überzeugend.** Die CDU vermeidet zusätzliche Fördermengen, betrachtet Resilienz aber primär als Kostenfrage. Der Systemwert – Versorgungssicherheit, Schwarzstartfähigkeit, lokale Stabilität – wird zu wenig berücksichtigt.

© UMaAG